

Linke am Scheideweg

Ein Essay für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“

„Von dem, was Du erkennen und messen willst, musst Du Abschied nehmen, wenigstens auf eine Zeit. Erst wenn Du die Stadt verlassen hast, siehst Du, wie hoch sich ihre Türme über die Häuser erheben.“

Friedrich Nietzsche

Die Partei DIE LINKE, die seit dem Wahljahr 2005 im Galopp die deutsche Parteienlandschaft verändert hat, scheint zurzeit heftig zu lahmen. Was als aktive Absage an die Agendapolitik gegen Kanzler Schröder mit einem kurzen Sprint begann, über einen furiosen Galopp 2009 sichtlich zum Gipfelstürmer wurde, scheint sich nun unterhalb der 10 %-Marke in der Wählergunst günstigstenfalls bei 8 % zu stabilisieren.

Von außen betrachtet scheint der kurzzeitige Erfolg nicht nur gestoppt, sondern gemessen an manch einer medialen Begleitung hört man das Totenglöcklein allenthalben läuten. Die sich an diesem Klang des Totenglöckleins Labenden verkennen allerdings, dass in solchen Situationen die Stärke der einen Quellpartei dann immer machtvoll zugenommen hat, je lauter das Totenglöcklein läutete. Die PDS als regionale Volkspartei des Ostens stabilisierte sich erstaunlich nach der krassen Wahlschlappe 2002 und der Wiedereinzug in den Bundestag dann schon unter dem programmatischen Markennamen DIE LINKE war Ausdruck eines sichtlichen Erholens, gekrönt mit einem Erfolg.

In der Euphorie des Verschmelzungsprozesses von WASG und PDS schlugen den LINKEN offenbar die Herzen im Westen zu und die Angst der PDS, dabei an Attraktivität im Osten zu verlieren, war mindestens in den Wahljahren 2005 und 2009 unbegründet. Gleichwohl wird deutlich, dass es einen automatischen Erfolgsgang in ungeahnte Höhen nicht gibt, unter anderem auch, weil Erfolg hart erarbeitet werden muss.

Als ehemaliger Wahlkampfmanager und Verschmelzungsbeauftragter wusste ich um die lange Strecke nach der Bundestagswahl 2009. Offenkundig ahnten viele der neu gewählten Bundestagsabgeordneten nicht, dass vor weiteren Erfolgen Fleiß und Ausdauer statt Hektik und Selbstbeschäftigung gesetzt sind. Jetzt sind wir als Partei DIE LINKE in der Mühe der Ebene. Diese Mühe wurde von vielen Akteuren sehr stark unterschätzt und sie wurde schlicht durch Jubelmeldungen übertüncht. Tatsächlicher aber gab es zwischen 2005 und 2009 eine formale und formelle Parteibildung. Juristisch und notariell abgesegnet. Im Vereinsregister eingetragen und sogar durch juristische Anfeindungen gestählt, selbst bei der Wahlanfechtung der Bundestagswahl 2005 gingen wir juristisch als Sieger vom Platz. Die formelle und formale Parteibildung hat sehr erfolgreich stattgefunden. Im Prozess der Parteiwerdung befinden wir uns aber jetzt erst.

Um es mit Nietzsche zu sagen, wäre es schön, wenn Funktionsträger und Verantwortliche unserer Partei einmal „die Stadt verlassen würden“ und von außen betrachten würden, welche Türme sich über unseren Häusern erheben, um dann aber auch erkennen zu können, welche Geister wir riefen und an welchen Stellen wir uns an potemkinschen Dörfern erfreuen. Das Richtige und Erfolgreiche von dem Falschen und Misserfolg Gekröntem zu trennen, scheint mir im Sinne von Nietzsche uns derzeit ins Pflichtenheft geschrieben zu sein.

Eingeordnet in das bundesdeutsche Parteiensystem sind wir immer noch ein Erfolgsmodell. Gemessen an dem abenteuerlichen Absturz der FDP sind wir überaus erfolgreich, denn mit Tausenden von Mandatsträgern in Kommunalparlamenten, Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europaparlament sind wir eine von den kleineren immer noch gut aufgestellte Partei. Bislang wurden wir aus keinem Landesparlament abgewählt, wie es

gerade die FDP bitter durchleben muss. Doch stehen noch einige Landtagswahlen vor uns, und es ist zu befürchten, dass wir Regierungsaufträge und Landtagsmandate verlieren könnten. Die Angst allerdings vor den Misserfolgen und die weniger günstigen Umfrageergebnisse befördern ein Klima innerhalb der Partei und unter den Funktionsträgern, die die Parteiakteure unter Dauerstress setzt. In der Mühe der Ebene ist ein solcher Dauerstress allerdings kontraproduktiv. Es sät Misstrauen untereinander und die Interaktion bezieht sich eher aufeinander statt zu erkennen, dass wir als Partei zuallererst Partei sind und als solche im Parteiensystem eingebettet in Gesellschaft und Parlamente für diejenigen positive Veränderung erreichen wollen und müssen, die auf uns große Hoffnungen gesetzt haben. Die Erkenntnis, dass wir als Mitglieder und Funktionsträger dieser Partei nicht für uns selber da sind, sondern für und mit der Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft, ist leider derzeit als nicht sehr ausgeprägt zu vermerken. Schon der Streit darum, ob Regieren für uns als Partei zum Instrumentenkasten unserer Wirkungsebene gehört, führt zu seltsamen Erscheinungsformen. Lange unangenehme Debatten über sogenannte rote Linien verstellen den Blick auf die Erkenntnis, dass Regieren kein Selbstzweck ist, aber ohne und Gestaltungskraft auch durch Ministerien alltägliche Dinge wie die Vorbereitung und Umsetzung eines Vergaberechtes auf Basis von Tariflöhnen eben nicht durchzusetzen ist. Auch die Erkenntnis, dass es einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in der Bundesrepublik Deutschland geben wird, wenn DIE LINKE an ausreichend vielen Landesregierungen beteiligt ist, die wiederum zu einer entsprechenden Mehrheit im Bundesrat führt, auch diese Erkenntnis ist bei uns nicht weit verbreitet. Eher die Unterstellung, dass man darüber nur reden wolle, um einen gewärmten Sessel in einem Ministerium zu bekommen, einschließlich eines voluminösen Dienstfahrzeuges, etc., beflügelt auch Neiddiskussionen innerhalb unserer Partei. Dass es die Berliner Landesregierung war, mit unserer Senatorin Heidi Knake-Werner, die die Klage gegen die skandalösen Tarifverträge der sogenannten christlichen Gewerkschaften in der Zeitarbeit erfolgreich bis zum Bundesarbeitsgericht getrieben hat und nun Hunderttausende von Menschen, die Rechtsansprüche haben, die sie ohne unsere Regierungsbeteiligung nie gehabt hätten, feiern wir in unserer Partei nicht als Sieg, sondern nehmen es höchstens billigend in Kauf, um gleichzeitig wieder zehn Hauptsünden der Berliner Landesregierung aufsagen zu können. Dass ein solches Klima allerdings Platz hat, hat auch etwas damit zu tun, dass wir zu wenig eigene Informationspolitik nach innen betreiben. Es hat auch etwas damit zu tun, dass zu wenig unsere führenden Vorstandsmitglieder positiv auf solche Erfolge Bezug nehmen. Der erste Verkauf einer Wohnungsgesellschaft in Berlin, der sich als schwerer Fehler erwies, gilt aber heute noch quasi als der größte Verrat an der linken Sache in Deutschland in Gänze, ohne dass auch nur im Westen bekannt wäre, dass nach der Wende der Kampf um die Stabilisierung der Wohnungsbestände im Osten ein Kampf war, der unglaublich mühevoll war und die Wirkmechanismen von Altschulden und dem sogenannten Altschuldenhilfegesetz ist selbst Kommunalpolitikern im Westen fast nicht verständlich zu machen. Das ändert nichts daran, dass der erste Verkauf falsch war, aber zeithistorisch haben damals die Grünen in Berlin gegen den Haushalt des rot-roten Senats vor dem Verfassungsgericht geklagt und Leitlinien erzwungen, die den Verkauf des Tafelsilbers auf die oberste Stufe stellten. Damals wollten die Grünen noch alle Wohnungsbestände in Berlin veräußern. Heute gelten die Grünen als Verteidiger und DIE LINKE in Berlin als Veräußerer des öffentlichen Wohneigentums. Eine Paradoxie, die in einer Partei leider Platz hat, in der das wechselseitige Misstrauen derzeit noch zu groß ist.

Ähnliches vollzieht sich im Verhältnis der Bundestagsfraktion zur Bundespartei. Die Frage, wer ist Dienstvorgesetzter von wem und wer entscheidet über Leitlinien der Politik in unserer Partei, ist funktional noch nicht, jedenfalls nicht abschließend geklärt. Der Parteivorstand beschließt vor wenigen Tagen eine Erklärung zum Thema Naher Osten, zur Zweistaatlichkeit und ein klares Bekenntnis, dass Antisemitismus in unserer Partei keinen Platz hat. Die Parteivorsitzende Gesine Löttsch sagt nach einer Vorstandssitzung, dass Boykottaufrufe gegen Israel mit den Beschlüssen unserer Partei nicht vereinbar seien. Man sollte denken, dass dies nach Klärung im Parteivorstand die eindeutige Grundlage aller weiteren Beschlüsse in der Bundestagsfraktion wäre. Weit gefehlt. Einzelne Abgeordnete verlassen

eine Abstimmung und andere sprechen in infamer Weise von SED-Manieren, wenn der Fraktionsvorsitzende nichts weiter erwartet als die selbstverständliche Umsetzung der gefassten Beschlüsse in der Bundespartei. Die Frage also, beteiligen sich einzelne Abgeordnete der Bundestagsfraktion an Maßnahmen, die im Kern das Existenzrecht Israels infrage stellen, müsste eigentlich ohne jede weitere Diskussion schon beendet sein. So wie auch in Bremen jede weitere Diskussion über Boykottmaßnahmen israelischer Waren schon eindeutig als nicht mit der Beschlusslage und der inneren Haltung der LINKEN als vereinbar angesehen sein müsste. Diese interpretatorischen Freiräume bieten ständige Angriffsflächen gegen uns als Partei in Gänze. Offenbar scheint aber eine mehrstündige Debatte über den Nahen Osten gewichtiger zu sein als die nächsten praktischen Schritte, die im Rahmen des Atomausstiegs als notwendiges Energiekonzept von links für alle Landtagsfraktionen unter Federführung der Bundestagsfraktion gemeinsam erarbeitet werden müsste. Dezentral, regional und regenerativ ist etwas völlig anderes wie das, was die Bundesregierung gerade versucht als Atomausstiegsszenario zu beschließen. Hier wird von Seiten der Regierung das Kartell der vier Stromkonzerne weiter geschützt und wir müssten als LINKE im Tagesgeschäft dringend die Kraft aufbringen, um ein dezentrales, auf jedes Bundesland aufbauendes Energiekonzept dagegen zu stellen und bei dem deutlich wird, dass arme Menschen in dieser Gesellschaft nicht aus einem solchen Energiekonzept ausgeschlossen werden dürfen. Ähnliches gilt über die wohlfeile Debatte, wie wir praktische Antworten gegen Langzeitarbeitslosigkeit geben. Hier gibt es eine Debatte zwischen den Erfahrungswelten West und Ost, bei der 20 Jahre Transformationserfahrung aus den neuen Bundesländern schlicht von den Vertretern Westdeutschlands ignoriert werden. ABM und SAM waren immer Sackgassen für Langzeitarbeitslose, die man allerdings gern in Kauf nahm, solange man Hoffnung hatte, irgendwann aus dieser Falle herauszukommen. 20 Jahre später wissen wir, dass der Entwicklungsprozess Ostdeutschlands zur direkten Altersarmut führt. Heute wissen wir, dass diese Gesellschaft fragmentiert ist und eigentlich muss man den Zustand der Gesellschaft als ständisch strukturiert angesehen werden. Bildung kann sich nur kaufen, wer teilhaben kann. Teilhaben kann nur, wer über einen gut bezahlten Arbeitsplatz verfügt und dann gibt es die Armutsversorgung über Hartz IV und ein Bildungssystem, das fast wie Rudis Resterampe wirkt. Hierauf muss eine gesamtdeutsche LINKE Antworten geben. Solange sich aber innerhalb der LINKEN mehrere Strömungen nur damit beschäftigen, sich im harmlosesten Fall nur in Schach zu halten oder sich wechselseitig durch Eigenbeschäftigung die Kraft absorbieren, solange werden wir die Energie nicht entwickeln, um ein solidarisches Gesellschaftsbild aus linker Perspektive gemeinsam zu entwickeln. Solange ein Heilsprozess gezeichnet wird aus westdeutschen Entwicklungen, die aber vor 20 Jahren jäh zu Ende gegangen sind, solange nicht begriffen wird, dass der Umbauprozess West über den Abbauprozess Ost gespeist wurde, solange werden wir gemeinsame neue Wege nicht gehen können. Ein Zurück in die Zukunft wird es nicht geben, denn dieses Land, dieses vereinigte Deutschland, hat sich vor 20 Jahren aufgemacht, sein Inneres und Äußeres völlig auf den Kopf zu stellen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zur Normalität geworden, Finanzmarkttransaktionskontrolle ist gar kein Thema mehr, starke Gewerkschaften, die flächendeckend den Arbeitsmarkt regeln könnten, gibt es nicht mehr, Krankenkassen in die Insolvenz jagen zu lassen, ohne dass es einen Aufschrei der Empörung gibt, markieren den Veränderungsprozess. Die Antworten darauf könnten sein: eine moderne Bürgerversicherung, die auf der gesamten Gesellschaft aufbaut. Also Einzahlen aus Einkünften jedweder Art in ein soziales Sicherungssystem, das von Menschen gemacht, von Menschen kontrolliert, für Menschen da ist und auch zukunftssicher die nächsten Krisen überstehen würde. Das Vertrauen auf kapitalgedeckte Systeme ist zutiefst erschüttert, und dieser Teil des neoliberalen Umbauprozesses ist ebenfalls gescheitert. Die Erkenntnis, dass heute der Mittelstand und auch börsennotierte Unternehmen vielmehr durch einen unregulierten Kapitalmarkt bedroht sind, würden uns Verbündete zuwachsen lassen, die dann mit uns Politik machen wollten und würden, wenn wir ein attraktiver Partner sind. Solange aber in der Bundestagsfraktion mehr über die Fehler des eigenen Fraktionskollegen debattiert wird, solange im Parteivorstand die strukturelle Dominanz der Bundestagsfraktion das Prä gibt, solange billige strömungspolitische Siege über einzelne Worte bei Beschlüssen oder in Vorbereitung des Programms von höherem Gewicht angesehen werden wie ein

Grundsatzurteil, das zur Zeitarbeit durch Links erreicht wurde, solange werden wir kein Rennpferd sein, das Partner wäre für ein Galopprennen zur Veränderung unserer Gesellschaft. Zurzeit sind wir ein braver Ackergaul, was einen hohen Wert hat. Sollte die Auseinandersetzung mit uns selber allerdings nur darauf abzielen, den eigenen Genossen zu bekämpfen, solange werden wir eher in Richtung Schindmähre uns bewegen.

Toleranz und Pluralität sind ein Kraftquell für das gemeinsame Suchen nach besseren Ideen, nach besseren Lösungen, nach attraktiven Angeboten, um Menschen zu begeistern und auch um Menschen mitzunehmen, die Gesellschaft zu verändern und zu verbessern, in der wir leben. Das setzt die Kraft des Zuhörens voraus, das setzt die Fähigkeit des Mitdenkens und des Wägens voraus, des Abwägens, ob eine Idee gut oder ein Argument des Anderen sogar noch besser ist. Solche Fähigkeiten macht eine plurale LINKE stark, die sich nicht danach sortiert, ob man den Feind des Feindes als Freund identifizieren kann, Hauptsache er hat einen Nutzen, um den Anderen in der eigenen Partei zu disziplinieren. Unsere Partei wird sich nicht spalten und es wird auch kein Zurück zu den Quellparteien geben. Eine Orientierung auf ein Parteiengefüge nach Ost oder West wird es ebenso wenig geben wie es auch keinen Sinn machen würde, nach Reformern und Pragmatikern einerseits und Dogmatikern und Fundis andererseits unterscheiden zu wollen. Dogmatiker und Fundamentalisten müssen wir sein, wenn es um eine Weltfinanzmarktordnung geht, die den Reichtum weniger auf dem Rücken der massenhaften Verarmung alltäglich in Kauf nimmt und wo die Mächtigen der Welt die Augen verschließen, wenn Nahrungsmittel zum Spekulationsobjekt werden und damit ein aggressiver Vermögenszuwachs mit dem Hungertod Hunderttausender in Kauf genommen wird. Hier ist ein fundamentales Nein durch eine LINKE immer wieder zu formulieren. Pragmatisch muss eine plurale LINKE aber sein, wenn es darum geht, im Alltag, im Hier und Jetzt, an dem Ort, an dem wir wirken, Verbesserungen alltäglich zu ermöglichen, die den Menschen das Leben leichter machen. Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist im Heute umzusetzen und eine Neuordnung des Arbeitsmarktes zugunsten eines einklagbar gestaltbaren Rechtes auf Arbeit wären ein Ziel, das Langzeitarbeitslose und Ausgegrenzte in ihrer Lebensperspektive wieder in die Gesellschaft einbeziehen würden. Hier wird sich DIE LINKE entscheiden müssen, ob sie dogmatisch per Parteitagsbeschluss feststellen will, dass der Kapitalismus eigentlich gescheitert ist, wenn auch ein solcher Parteitagsbeschluss leider in der praktischen Umsetzung ungeklärt lassen würde, wer denn dem Kapitalismus nun mitteilt, dass er gescheitert ist und verschwinden solle? Emanzipation und Partizipation als Handlungsmaxime setzt aber die Menschen voraus, die nicht besserwiserische Beschlüsse durch eine Partei auf Parteitagern erwartet, sondern die teilhaben an einem Veränderungsprozess, den sie selber gestalten wollen und auch müssen. Streikrecht zu fordern, ist eine hehre Aufgabe. Einen Streik persönlich durchzustehen und auch die damit verbundenen Ängste zu spüren, wären die Aufgabenstellungen für eine sensible LINKE, damit sie weiß, wann eine Idee die Massen ergreift und wirklich diese Idee auch zur Veränderung der Gesellschaft führt. Eben nicht per Beschluss und auch schon gar nicht auf Knopfdruck. Wenn in einer solchen Situation allerdings in der Partei das Misstrauen untereinander geschürt wird, ist gar nichts gewonnen, sondern mehr verloren. Menschen spüren das und die Attraktivität einer solchen Partei geht verloren. An diesem Scheideweg stehen wir, denn die Auseinandersetzungen auch vermittels eines Aufrufes „Fairplay“, bei dem aus der Mitte der Partei aufgerufen wird, gegenüber Medien keine kritischen Debatten mehr zu führen, sondern sich eher auf das Leitmedium Neues Deutschland und Junge Welt zu konzentrieren, sind Ausdruck dieses falschen Klimas. Medienkompetenz setzt voraus, dass in einem Klima von Toleranz und Pluralität auch unterschiedliche Meinungen ausgehalten werden und selbstverständlich die Besichtigung von außen als Teil der Binnenwahrnehmung auch akzeptiert wird. Da hilft es wenig, wenn die einen den anderen innerhalb der Partei zurufen „Halts Maul“, als ob dann die offenen Fragen und die verunglückten Debatten damit besser würden, wenn man öffentlich nichts mehr sagt. Natürlich ist es schwierig für eine Partei, Diskussionsprozesse zu organisieren, wenn ein kulturvoller Streit nicht gelebt wird. Dazu bedarf es aber eines Klimas, in dem kulturvoll gestritten wird. Die Debatte um die Gaza-Flotille in der Bundestagsfraktion und die höchst

unterschiedliche Widerspiegelung bei den medialen sogenannten Fairplay-Partnern zeigt aber, wie instrumentell diese Themen benutzt werden. Da kann einem schnell das Gefühl beschleichen, dass es gar nicht um das Unrecht der palästinensischen Menschen im Gaza-Streifen oder in den Flüchtlingslagern im Libanon geht, sondern eher um einen ungewünschten Staat Israel, den man unter Vorspiegelung eines internationalistischen Fähnchens am Liebsten verschwinden sehen möchte. Gesagt wird es nicht wie auch die Frage, warum eigentlich eine Gaza-Flotille bestückt wird, wenn doch Ägypten, also die arabischen Brüder, die Grenze schon seit Jahren hätten aufmachen können, ohne dass es solcher Schiffskonvois bedürfte. Die Frage auch, warum 60 Jahre nach der unrechtmäßigen Vertreibung aus Israel die Lager im Libanon immer noch geschlossene Lager sind und die Palästinenser quasi als Staaten- und Rechtlose bei ihren dortigen arabischen Geschwistern faktisch in Geiselnhaft gehalten werden, um sie bei Bedarf auch als einkalkulierte Opfer einer tödlichen Gefahr der israelischen Grenzsicherung auszusetzen. Der Golan ist rechtswidrig besetzt. Das ist unstrittig. Aber der Diktator Syriens meuchelt in seinem Land gerade heftig und da passt es ausgesprochen gut zur Ablenkung des eigenen Mordens, die Palästinenser aus dem Libanon über die syrische Grenze, über die sonst kein Syrer zurzeit kommt, in die Gewehre der Israelis laufen zu lassen. Das macht das Töten in der Region kein Jota besser, aber dass über die Differenziertheit dieser Fragestellungen nicht einmal vertieft geredet wird und auch eine Bewertung, ob Hamas, Hisbollah, das iranische Regime oder das syrische Regime wirklich Menschenrechtsfreunde sind und ob das wirklich freiheitsliebende Bewegungen und Staaten seien, dass eine solche Debatte nicht einmal stattfindet, sondern schon als Zumutung empfunden werden, wenn die Bundestagsfraktion selbstverständlich die Beschlüsse umsetzt, die der Parteivorstand eindeutig und klar gefasst hat. Dann schreibt einer der Fairplay-Partner von Maulkorb gegen Abgeordnete und Mitarbeiter. Damit wird klar, es geht um die politische und provokatorische Grenzüberschreitung, die man will, und es geht weder um palästinensische Christen noch um liberale Juden, es geht auch nicht um Frauenrechte oder um das Recht der sexuellen Selbstbestimmung, alles Themen, bei denen man sehr gut im Nahen Osten zwischen Liberalen und Orthodoxen unterscheiden kann. Im Stein vereint sind orthodoxe Juden mit orthodoxen Muslimen immer, wenn es um Schwule geht. Und die Frage einer deutschen LINKEN müsste heißen, auf welcher Seite wollen wir stehen? Wer aber orthodoxe Juden heranzieht, die den Staat Israel genauso hassen wie es die Charta der Hamas zum Ausdruck bringt und wer nicht einmal merkt, dass die Trennlinie weder im Glauben noch in der Ethnie liegt, sondern in der Frage, ob Toleranz und Pluralität, ob Emanzipation und Partizipation das Kernmoment des eigenen Denkens und Handelns und des Beurteilens an anderen Orten der Welt ist.

Toleranz und Pluralität sind das Geheimnis einer erfolgreichen LINKEN in Deutschland. Die Frage unter Sozialisten muss erlaubt sein, wenn man an Prag 68 denkt, würdest Du vor den Panzern sitzen oder würdest Du eher die Rechtfertigung des Einsatzes dieser Panzer das Wort reden? Wird also eher das Dogmatische in der LINKEN sich breit machen, dann wird die Luft zum Atmen für Toleranz und Pluralität nicht mehr gegeben sein. Und meine Erfahrung vom Kirchentag sagt mir, wenn eine LINKE nicht erkennt, dass der 33. Evangelische Kirchentag in Dresden ein linker Kirchentag war, auf dem Themen debattiert wurden, die an Schärfe und Klarheit unserer Partei ins Stammbuch geschrieben wäre, was angefasst werden müsste, wenn dann aber in der LINKEN eine Debatte losgeht, ob man überhaupt zum Kirchentag geht oder ob man mit einer Kontraveranstaltung behauptet, das Gehirn sei bei denen, die nicht zum Kirchentag gehen. Nein. Hirn und Herz müssen schon zusammen wirken, denn ein Hirn ohne Herz funktioniert nicht. Und um es mit Oskar Lafontaine zu sagen: Das Herz schlägt links, sollten aber viele Herzen links schlagen, brauchen wir einen weiten Blick, der deutlich macht, nur eine attraktive Linke wird Ausstrahlung auf diese Gesellschaft haben und gesellschaftsverändernd wirken. Insoweit müssen wir unseren Abstand nicht zu anderen Parteien messen und können geduldig die Ausgrenzung anderer Parteien ertragen. Wenn aber die richtige Idee die Menschen ergreift, wird dies ausreichend Bewegung in der Gesellschaft erzeugen. Die Katastrophen kommen sowieso. Die Frage ist, ob wir als LINKE Antworten haben, wie wir bei den bevorstehenden Brüchen Angebote unterbreiten, die auf Menschen attraktiv wirken,

denn so würden wir unseren Beitrag leisten, die Demokratie auch durch Wahlzuwächse zu stärken.

Da würde ich meiner Partei zurufen wollen: „Lasst uns ein paar Tage vor die Stadt ziehen und anschauen, wie hoch die Türme über den Häusern sich erheben.“

P. S. Sollten wir uns nicht aufmachen, einmal vor der Stadt den Blick zurückzuwerfen, werden wir es nicht begreifen, warum Mitstreiter und Weggefährten wie Michael Höntsch, ein Stadtabgeordneter aus Hannover, oder Inga Nitz als bisherige Landtagsabgeordnete von Bremen mit uns nicht mehr ziehen. Auch sie hätten gern mit uns einmal von außen einen Blick auf unsere Stadt geworfen, damit uns allen klar wird, dass an der einen oder anderen Stelle Feuer ausgebrochen ist, das wahrlich nicht zum Wärmen der Hände angetan ist, sondern lediglich zum gemeinsamen Löschen Veranlassung böte, um von unserer Stadt und den Türmen am Schluss noch mehr zu haben als nur Trümmer.